

weitere Sitzungsteilnehmer

| Name | Funktion | Anwesenheitsgrund |
|------------------|--------------------|-------------------|
| Herr Scharch | GF ZWAV | zu TOP 3. |
| Herr Mevius | Architekt Iproplan | Zu TOP 6.1. |
| Herr Niehus | Freie Presse | öffentlicher Teil |
| Herr Piontkowski | Vogtlandanzeiger | öffentlicher Teil |
| Frau Henze | Gast | zu TOP 6.2. |

Tagesordnung öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Beantwortung von Anfragen
- 1.3. Informationen des Bürgermeisters
2. Information
- 2.1. Entwicklung Belegung der Wochenmärkte und Vergleich der Standgebühren mit anderen Städten
Drucksachenummer: 476/2016
3. Information zum aktuellen Stand Entwässerung Possig
4. Information zum Bau eines Wendehammers in Chrieschwitz bei der Kita Wirbelwind
5. Information über die Ergänzung der Beschilderung der öffentlichen Toiletten
6. Vorberatung
- 6.1. Weiterentwicklung der Vorplanung für den Umbau/Sanierung Nord-West-Flügel Rathaus
Drucksachenummer: 484/2016
- 6.2. Willensbekundung zur Einziehung des beschränkt-öffentlichen Weges zwischen "Alter Postweg" und "Hammerplatz" einschließlich der Fußgängerüberführung über den Bahnhof Chrieschwitz
Drucksachenummer: 486/2016
7. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 141-16 zur Novelle Trinkwasserverordnung/Abwasseranlagen
8. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 25. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, i. V. des Oberbürgermeisters durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung über die 25. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses werden die Stadträte Ilka Reißner, Fraktion DIE LINKE., und Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., beantragt, den TOP 7. - Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Novelle Trinkwasserverordnung/Abwasseranlagen - aus Zeiteffizienzgründen nach vorn zu ziehen, da der Geschäftsführer des ZWAV, Herr Scharch, als Gast anwesend ist.

Herr Bürgermeister Sárközy erklärt, dass Herr Scharch bezüglich des TOP 3. - Information zum aktuellen Stand Entwässerung Possig - anwesend ist.
Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. steht in der heutigen Sitzung erst zur Abstimmung, ob diese Information von den Ausschussmitgliedern gewünscht wird.

Herr Bürgermeister Sárközy legt fest, den TOP 2. – Entwicklung der Wochenmärkte - nach dem TOP 5. einzuordnen, so dass als erste Information mit dem TOP 3. begonnen werden kann.

Die Tagesordnung wird so bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Herr Bürgermeister Sárközy schlägt vor, dass über die Anfrage von Herrn Rößiger, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., bezüglich der Baumscheiben am Albertplatz im Januar 2017 im Rahmen des Themas „Bahnhofstraße“ informiert wird. Herr Rößiger ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

1.3. Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Sárközy hat keine zusätzlichen Informationen für die heutige öffentliche Sitzung.

2. Information

2.1. Entwicklung Belegung der Wochenmärkte und Vergleich der Standgebühren mit anderen Städten, Drucksachennummer: 476/2016

Die Informationsvorlage entstand auf Anfrage von Herrn Stadtrat Stubenrauch, Fraktion SPD/Grüne, zum Presseartikel der Freien Presse vom 13.08.2016 „Zunehmend Lücken auf dem Plauener Wochenmarkt“.

Frau Schramm, Fachgebietsleiterin Straßenverkehrsbehörde/Marktwesen, erläutert die Entwicklung des Wochenmarktes donnerstags auf dem Altmarkt hinsichtlich der Belegung sowie der Standgebühren in den Jahren 2013 bis 2016. Hier ist eine leichte Rückläufigkeit der Händler zu verzeichnen. Ob dieser Rückgang mit den nun erhobenen Gebühren für die Pkw, die am Stand abgestellt werden, in Verbindung steht, kann nicht eindeutig festgestellt werden. Weiterhin wird die durchschnittliche Teilnahme und Höhe der Standgebühren mittwochs auf dem Klostermarkt der Jahre 2015 und 2016 gegenübergestellt. Der Mittwochsmarkt weist eine relativ konstante Belegung auf.

In einer Übersicht werden die Standgebühren der Plauener Wochenmärkte mit anderen vergleichbaren Städten dargestellt, wobei sich die Stadt Plauen im mittleren Bereich befindet.

Herr Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass nächstes Jahr testweise Sitzgelegenheiten (Tische, Stühle) auf dem Altmarkt angeboten werden sollen, um mehr Händler, besonders im Imbissgewerbe, zu gewinnen und die Kundschaft zum Verweilen anzuregen.

Herr Stadtrat Kusche, Fraktion FDP/Initiative Plauen, sieht eher einen eklatanten Rückgang der Händler auf den Märkten. Außerdem merkt er an, dass sich die Stadt Plauen bezüglich der Standgebühren schon im oberen Bereich befindet.

Es müssen unbedingt Gegenmaßnahmen getroffen und neue Ideen entwickelt werden, um die Märkte wieder aufzuwerten.

3. Information zum aktuellen Stand Entwässerung Possig

Herr Stadtrat Bräunel, CDU-Fraktion, fühlt sich befangen und nimmt nicht an der Diskussion teil.

Herr Bürgermeister Sárközy ruft noch einmal die Entwicklung dieser Thematik in Erinnerung.

Im Ortsteil Straßberg sind vor Jahren Häuser entstanden, bei denen die Erschließungsanlage weitestgehend provisorisch hergestellt wurde.

Als Lösung für eine ordnungsgemäße Entwässerung stehen drei Varianten zur Verfügung. So könnte alles beibehalten werden, wie es jetzt ist. Mit dieser Möglichkeit sind die Anwohner aber nicht mehr zufrieden.

Die zweite Variante ist abhängig, wo das Wasser entsteht und wohin es abgeleitet werden muss.

Wenn das Regenwasser auf den Privatgrundstücken entsteht und dort nicht versickern kann, müsse es abgeleitet werden. Dann wäre der ZWAV gefordert, einen Abwasserkanal zu bauen, an den die Straßenentwässerung mit angeschlossen wird, für die die Stadt Plauen die Kosten tragen müsste.

Wenn aber bei den Grundstückseigentümern das Regenwasser versickern kann, aber das Wasser, welches auf den Straßen anfällt, in die Grundstücke der Hauseigentümer geleitet wird, ist die Stadt Plauen als Straßenbaulastträger in der Pflicht, einen Entwässerungskanal zu bauen.

Dies wären beitragsfähige Aufwendungen, d.h. 90 % der Kosten werden dann auf die Anlieger umgelegt.

Ein Antrag des Ortschaftsrates Straßberg, die Kosten in den Haushalt 2017 einzustellen, liegt bereits vor.

Spätestens im II. Quartal 2017 soll dem Stadtrat ein Beschlussvorschlag, vorerst über die Planung einer Erschließungsanlage, vorgelegt werden.

Herr Scharch, Geschäftsführer des Zweckverbandes Wasser/Abwasser, gibt die Ergebnisse der Variante 2 bekannt.

Der Anschluss an einen Regenwasserkanal ist nicht gesetzlich geregelt. Bei einem Bau des Kanals müsste ein Großteil der Grundstückseigentümer, d.h. 75 %, angeschlossen werden wollen und den Betrag in Höhe des Baukostenzuschusses tragen.

Im Fall der Possig wurden 8 Grundstücke Zum Wiesengrund/Nach der Regentränke angeschrieben. Davon hat sich ein Grundstückseigentümer negativ, sieben gar nicht geäußert. Das bedeutet, dass kein Kanal gebaut wird.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert Variante 3.

In einer gemeinsamen Studie mit dem ZWAV wurden für den Bau einer Erschließungsanlage ca. 1,07 Mill. EUR veranschlagt.

Über die Hochwasserschadensbeseitigung kann der Teil Nach der Rehtränke/Zum Wiesengrund finanziert werden, es fehlt aber die Vorflut am Furtweg in Richtung Eisenbahn.

Der Bau des unteren Teils durch die Eisenbahnbrücke in die Elster wurde bereits fertiggestellt.

Die zu bauende Erschließungsanlage der Straßenentwässerung würde auf das Gebiet umgelegt werden, das davon Nutzen hätte. Umlagefähige Kosten fallen in Höhe von ca. 260.000 EUR an. Je nach Größe der Grundstücke kommen hier zwischen 3.000 und 12.000 EUR auf die Anlieger zu.

Reduziert werden kann dieser Anteil durch die Förderung Hochwasserschadensbeseitigung.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, erläutert, auch in seiner Funktion als Ortschaftsrat Straßberg, noch einmal die Historie der Entstehung des Wohngebietes. Er begrüßt, dass nun ein ordnungsgemäßer Zustand hergestellt wird. Bevorzugt hätte er persönlich die Variante 2.

Auch Herr Bürgermeister Sárközy vertritt die Auffassung, dass es von Vorteil wäre, wenn der ZWAV für das gesamte Gebiet die Entwässerung herstellen würde. Die Bürger müssten hier aber auch jährlich Gebühren entrichten.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., fragt, wie lange die Fördermittel bereitstehen, wenn erst im Jahr 2018 mit dem Bau begonnen wird.

Herr Bürgermeister Sárközy antwortet, dass eine Entscheidung noch in 2017 notwendig ist, um die Fördermittel abrufen zu können.

Herr Ullmann ergänzt, dass die Mittel für die Hochwasserschadensbeseitigung bis Ende 2017 zur Verfügung stehen, d.h. nächstes Jahr muss mit der Ausführung begonnen werden.

Frau Stadträtin Reißner, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob lt. Satzung überhaupt die Möglichkeit besteht, das gesamte Gebiet in die Erschließungskosten einzubeziehen.

Herr Ullmann teilt mit, dass nun definiert werden muss, wer Nutzen von dieser Anlage hat. Ein Plan liegt bereits vor, Details müssen noch weiter ausgearbeitet werden.

4. Information zum Bau eines Wendehammers in Chrieschwitz bei der Kita Wirbelwind

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, stellt die geplante Maßnahme vor.

Die Kita des DRK äußerte dort Ausbauabsichten mit Mehrbedarf an Parkstellflächen. Im Eigentum der Stadt Plauen befindet sich gegenüber ein brachliegendes Grundstück, das zur Verfügung gestellt werden könnte. Da in diesem Bereich kein Wendevorgang für Pkw bzw. Müllfahrzeuge stattfinden kann, ist vorgesehen, die Fläche zu befestigen und in eine öffentlich gewidmete Straße umzuwidmen. Ein Teilabschnitt kann an das DRK vermietet/verpachtet werden, auf dem durch das DRK die Stellflächen errichtet werden können. Für die Stadt Plauen fallen Kosten in Höhe von 25.000 EUR an, das DRK würde ca. 10.000 EUR investieren.

Weiterhin besteht die Option, noch ein Flurstück als Bauland zu verkaufen, so dass wiederum Einnahmen erzielt werden können, die die Ausgaben der Stadt decken würden.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., bittet im Namen der Anwohner und des DRK, bevor die Baumaßnahme begonnen wird, zu prüfen, ob eine andere Lösung denkbar wäre. Da sich kein Gehweg auf der Kurzen Straße befindet, sollte hier eine Einbahnstraße angeordnet und eine Straßenverbindung zwischen Kurze Straße und Dr.-Friedrich-Wolf-Straße hergestellt werden. Dafür könnte das brachliegende Grundstück der Stadt Plauen genutzt werden.

Herr Bürgermeister Sárközy hält eine Prüfung durch die Verkehrsbehörde zur Einbahnstraßenregelung und durch das FG Tiefbau bezüglich des Straßenbaus machbar, sofern ein entsprechender Antrag im Ausschuss gestellt wird und dieser eine Mehrheit bekommt.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, merkt an, dass die Kurze Straße eine reine Anliegerstraße ist und die Einrichtung einer Einbahnstraße sicherlich durch die Anlieger nicht gewollt ist.

Herr Ullmann ergänzt, dass zwischen Kurze Straße und Dr.-Friedrich-Wolf-Straße ein beschränkt öffentlicher Weg vorliegt, der für Fußgänger und Radfahrer frei ist. Wenn für den Verkehr geöffnet werden soll, bedarf dies einer wesentlichen Änderung – es müssen Lärmuntersuchungen etc. durchgeführt werden. Er sieht wenig Aussichten, dass dies baurechtlich umgesetzt werden kann.

Herr Stadtrat Jäger folgt den Argumenten der Verwaltung und sieht von einer Antragstellung ab.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, fragt, warum die Stadt Plauen für das DRK eine Straße baut, befestigt und versiegelt, die dann wiederum gepflegt und erhalten werden muss.

Er regt an, aus Kostengründen auf eine Vollversiegelung zu verzichten, zumal nur die Entsorgungsfahrzeuge dort fahren.

Herr Ullmann legt dar, dass hier öffentlicher Verkehr, z.B. durch das Bringen und Holen der Kinder der Kita, vorliegt. Die Wendemöglichkeit wäre für den gesamten dortigen Verkehr. Der Vorschlag, die Fläche nicht voll zu versiegeln, wird geprüft.

5. Information über die Ergänzung der Beschilderung der öffentlichen Toiletten

Durch die Fraktion DIE LINKE. wurde angeregt, die öffentlichen Toiletten in der Innenstadt besser auszuschildern.

Herr Brosig, Fachgebiet Stadtplanung, erläutert, dass sich drei öffentliche Toilettenanlagen in der Innenstadt befinden – im Lichthof des Rathauses, an der Melanchthonstraße und an der Jöbñitzer Straße.

Im engsten Umfeld sind jeweils Wegweiser angebracht.

Um die Toiletten besser kenntlich zu machen, wird vorgeschlagen, an den Masten des touristischen Leitsystems weitere Hinweise auf die öffentlichen WC's anzubringen.

Herr Müller, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion SPD/Grüne, schlägt vor, die Toilette im Innenhof des Malzhauses wiederzubeleben.

Herr Brosig stellt fest, dass sich die Toiletten im Lichthof des Rathauses in unmittelbarer Nähe befinden.

Herr Bürgermeister Sárközy sagt eine Prüfung zu. In einer der nächsten Ausschusssitzungen wird unter dem TOP Beantwortung von Anfragen darüber berichtet.

6. Vorberatung

6.1. Weiterentwicklung der Vorplanung für den Umbau/Sanierung Nord-West-Flügel Rathaus, Drucksachennummer: 484/2016

Herr Mevius, iproplan, erläutert die in der Vorlage aufgeführten Module anhand einer Präsentation.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion SPD/Grüne, stellt einen Antrag nach Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen, die Module 1-5 einzeln abzustimmen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, schlägt vor, den Pkt. 2. des Beschlussvorschlages ebenfalls gesondert zur Abstimmung zu bringen.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über den Geschäftsordnungsantrag ab.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

Herr Stadtrat Rappenhöner äußert zu Modul 1, dass der Portalrahmen mit Kosten in Höhe von 472.000 EUR zu teuer ist und andere Lösungen gesucht werden müssten, um den Vereisungseffekt im Winter zu eliminieren. Auch Modul 4 mit 201.000 EUR für die Herstellung des Treppenovals erscheint Herrn Stadtrat Rappenhöner als zu viel. Diese Kosten in Höhe von 473.000 EUR könnten eingespart werden.

Wenn schon kein Neubau entsteht, sollte man wenigstens im Kostenrahmen bleiben.

Herr Stadtrat Blechschmidt schließt sich der Auffassung von Herrn Stadtrat Rappenhöner an, nur den Modulen 2, 3 und 5 zuzustimmen, um die Kosten im Rahmen zu halten.

Die Kosten für die Planung eines Besucherleitsystems in Höhe von ca. 60.000 erscheinen ihm ebenfalls zu hoch.

Herr Stadtrat Blechschmidt regt an, den Pkt. 2. des Beschlussvorschlages aus der heutigen Abstimmung herauszunehmen.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, bittet die Verwaltung und die Stadträte, darüber nachzudenken, den Umbau/die Sanierung des Nord-West-Flügels als eine Gesamtlösung zu betrachten und nicht an einzelnen Teilen zu beschneiden. Auch künstlerisch soll das Projekt ansprechend gestaltet werden.

Herr Markert, Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert noch einmal das vorgesehene Besucherleitsystem, dessen Aufwand der Planung und die Kosten.

Herr Stadtrat Kusche, Fraktion FDP/Initiative Plauen, stimmt Herrn Gräf zu. Es sollte entweder ein Gesamtbauwerk entstehen oder darauf verzichtet werden. Bezüglich des Leitsystems vertritt Herr Stadtrat Kusche die Meinung, dass eine einfache Wegweisung durch das Rathaus ausreicht.

Herr Stadtrat Ruppin, CDU-Fraktion, befürwortet ein ordnungsgemäßes Leitsystem, da das Rathaus wirklich sehr unübersichtlich ist. Die Kosten sollten jedoch verringert werden.

Herr Bürgermeister Sárközy schlägt vor, den Beschlusspunkt 2. aus der heutigen Abstimmung herauszunehmen und innerhalb der Verwaltung noch einmal aufzuarbeiten, welche Möglichkeiten der Besucherführung noch bestehen.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass eventuell Mietkosten der Außenbereiche (EMA, GAV), die nach dem Auszug des Landratsamtes nun in das Rathaus einziehen, eingespart und den Ausgaben für die Sanierung gegengerechnet werden können.

Herr Rößiger, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., erinnert an den Vorentwurf zum Neubau/Umbau des Rathauses ohne die Glasfront. Da sie nun erhalten bleiben muss, würde mit dem Portalrahmen eine völlig neue Betrachtungsweise entstehen. Auch die Gestaltung im inneren Bereich muss dazu dienen, das Rathaus aufzuwerten. Es muss eine neue Ansicht geschaffen werden, auch wenn die Kosten etwas höher sind.

Herr Bürgermeister Sárközy fasst noch einmal zusammen, dass dieser Teil des Rathauses, der saniert werden soll, für die Bürger, faktisch für die Demokratie gebaut wird.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer 484/2016, ab.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt die Erweiterung der Aufgabenstellung für den Umbau/die Sanierung des Nord-West-Flügels des Plauener Rathauses zur Fortführung der Entwurfsplanung um folgende Module:

- Modul 1: Portalrahmen an der Nord–West–Fassade
- Modul 2: Einbau neuer Windfang mit frontaler Außentreppe
- Modul 3: Verlegung der Eingangstreppe im Foyer neben Bürgerbüro
- Modul 4: Herstellung Treppenoval mit radial-gefächelter Raumstruktur im Foyer
- Modul 5: Einbau Einwohnermeldeamt im Bereich der Poststelle

Abstimmung Modul 1: 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Abstimmung Modul 2: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltung

Abstimmung Modul 3: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltung

Abstimmung Modul 4: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

Abstimmung Modul 5: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltung

Pkt.2. „Mit der Umgestaltung/Sanierung des Haupteinganges ist auch für das gesamte Rathausgebäude ein besucherfreundliches Leitsystem zu planen.“ wird aus der Abstimmung herausgenommen.

6.2. Willensbekundung zur Einziehung des beschränkt-öffentlichen Weges zwischen "Alter Postweg" und "Hammerplatz" einschließlich der Fußgängerüberführung über den Bahnhof Chrieschwitz, Drucksachennummer: 486/2016

Durch Herrn Bürgermeister Sárközy wird zum TOP Frau Henze begrüßt. Sie setzte sich für den Erhalt der Fußgängerverbindung mit einer Sammlung von über 500 Unterschriften ein.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert die Vorlage.

Der Abbruch des Bauwerkes kann über das Landesbrachenprogramm mit 90 % gefördert werden. Voraussetzung dafür ist die Entwidmung des Weges.

Herr Stadtrat Ruppin, CDU-Fraktion, spricht sich für einen Abriss aus. Da auch der Bahnhof nicht mehr in Betrieb ist, könne man die Erneuerung der Brücke nicht rechtfertigen.

Auch für Herrn Stadtrat Bräunel, CDU-Fraktion, kommen nur ein Abriss der Brücke und die Entwidmung des Weges infrage, da in den nächsten Jahren keine finanziellen Mittel für eine Erneuerung der Fußgängerbrücke zur Verfügung stehen werden.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion SPD/Grüne, erklärt ebenfalls seine Zustimmung zum Abriss der Brücke. Aber allein die Begründung, dass Fördermittel in Aussicht gestellt werden, reicht aus seiner Sicht nicht aus, den Fußgängern eine weite Umgehung zuzumuten. Dass über eine eingleisige Bahnstrecke kein Überweg geschaffen werden kann, ist unverständlich.

Herr Bürgermeister Sárközy erläutert hierzu, dass dies geprüft wurde. Die Strecke befindet sich in einer Kurve, es liegen keine ausreichenden Sichtverhältnisse vor.

Auch Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass 300 m für Fußgänger eine weite Strecke ist. Man hätte in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn eine ebenerdige Verbindung schaffen müssen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, sieht den Abriss der Brücke zwar als notwendig an, aber die Entwidmung des Weges sollte überdacht werden. Man gebe hier das Recht auf eine Querung der Bahnstrecke auf.

Auch die Menge der Unterschriften für diese Fußgängerverbindung möchte Herr Stadtrat Blechschmidt nicht ignorieren. Gleiches gilt wohl auch für eine Radverbindung.

Die Verbindung zwischen zwei Stadtteilen wäre ihm wert, mehr Geld zu investieren.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, weist darauf hin, dass eine ebenerdige Überquerung lt. DB nicht möglich sein wird.

Der dort befindliche Bahnhof wurde auch bereits an eine Privatperson verkauft.

Zu einem späteren Zeitpunkt müsste die Stadt Plauen dann die Brücke ungefördert abreißen sowie eine neue Brücke mit eigenen finanziellen Mitteln bauen.

Während der Schließung der Brücke seit ca. einem Jahr gingen keinerlei Beschwerden in der Stadt Plauen ein.

In Bezug auf eine Radwegverbindung sollte sich vorzugsweise um die Weiterführung des Elsterradweges bemüht werden.

Frau Stadträtin Reißner, Fraktion DIE LINKE., fragt an, ob die Firma Plauen Stahl Technologie eventuell zu einer Schenkung der Brücke an die Stadt bereit wäre.

Herr Bürgermeister Sárközy sprach diesbezüglich persönlich mit dem Geschäftsführer der Firma, um auch deren Mitarbeitern die Möglichkeit des kürzeren Weges anzubieten.

Das Angebot belief sich jedoch ebenfalls in der Größenordnung von ca. 400.000 EUR.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass in der Vorlage die vorangegangene Bürgerbefragung nicht erwähnt wird, ebenfalls die daraus resultierenden Zahlen. Außerdem fehlt in der Vorlage der Hinweis auf den Verlust der Wegebeziehung über das Privatgrundstück des Bahnhofs. Dies wäre gegen die Förderung abzuwägen.

Herr Bürgermeister Sárközy weist den Vorwurf zurück. Die Problematik wurde damals sehr ausführlich besprochen und nach Lösungen gesucht, die Fußgängerverbindung zu erhalten. Deshalb wurde in der Vorlage nicht noch einmal darauf eingegangen. Es hätten auf dem Titelblatt die Vorlagen und Berichte aufgeführt werden können, so dass auch die später hinzugekommenen Stadträte und sachkundigen Einwohner informiert gewesen wären.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer 486/2016, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Einziehung des beschränkt-öffentlichen Weges zwischen „Alter Postweg“ und „Hammerplatz“ einschließlich der Fußgängerüberführung über den Bahnhof Chrieschwitz gemäß beigefügtem Lageplan einzuleiten.

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltung

7. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 141-16 zur Novelle Trinkwasserverordnung/ Abwasseranlagen

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., zeigt sich irritiert, dass über einen Antrag zur Berichterstattung erst im Ausschuss befunden werden soll.

Herr Stadtrat Jäger stellt den Antrag seiner Fraktion vor.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über den Antrag, Reg.-Nr. 141-16, ab.

Abstimmung: 6 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

Der ZWAV wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen zur Berichterstattung eingeladen.

8. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Müller, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion SPD/Grüne, fragt, wie mit dem einsturzgefährdeten Haus auf der Merkelstraße weiter verfahren wird. Zwischenzeitlich ist die Straße dort halbseitig abgesperrt. Am Straßenrand und auf dem Gehweg wachsen zum Teil bereits Bäume und Büsche.

Herr Bürgermeister Sárközy sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Rößiger, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob am Kreisverkehr Reißiger Straße die Markierung „Fußgängerüberweg“ fehlt. Lt. Straßenverkehrsordnung haben Fußgänger an einem Kreisverkehr immer Vorrang.

Frau Schramm, Fachgebietsleiterin Straßenverkehrsbehörde, teilt mit, dass der Sachverhalt vor Einrichtung des Kreisverkehrs in der Arbeitsgruppe Verkehrsorganisation besprochen wurde. Im Ergebnis wurde festgelegt, dort auf einen Vorrang für Fußgänger zu verzichten, da dies nicht zwingend notwendig ist.

Plauen, den

Plauen, den

Levente Sárközy
Bürgermeister

Ilka Reißner
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Angela Gebhardt
Schriftführerin

Thomas Salzmänn
Stadtrat